

in: Wiecha, E. (Hrsg.) Amerika und wir. US-Kulturen - neue europäische Ansichten. München/Mering 2006, S. 267 - 287

### ***Kleinere technische Korrekturen am 1.1.2013 durch den Autor***

Eckart Koch

### **Die USA und die neue Weltwirtschaftsordnung: Tragen sie dazu bei, die Globalisierung zu stabilisieren?**

Die Tatsache, dass die jüngere US-Politik durch Brüche und rasche Kehrtwendungen gekennzeichnet ist, wird kaum bestritten. Auch wenn die Clinton-Politik mit den Begriffen "multilateral" und "europäisch orientiert" kaum richtig charakterisiert wäre, so ist doch unbestreitbar, dass sie diesen Merkmalen mehr Bedeutung zugemessen hat, als es unter George W. Bush bislang der Fall war.

### **Terror und Globalisierung**

Die Terroranschläge auf die USA am 11. September 2001 und die maßgeblich von der Supermacht USA initiierten Kriege gegen Afghanistan und den Irak haben die Welt auf unterschiedliche Weise nachhaltig verändert.

Die Septemberanschläge führten uns deutlich vor Augen, dass die mit der Globalisierung dramatisch gestiegene Fragilität der internationalen Sicherheit und die scheinbar unkontrollierbare Anfälligkeit gegenüber destruktiven Netzwerken neue innovative Formen einer weltweiten Zusammenarbeit erfordern. Globalisierung vereinheitlicht nicht zwangsläufig.

- Der sprunghafte Zuwachs an Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten uniformiert Denken, Anschauungen und Verhalten keineswegs, sondern eröffnet immer neue Interpretations- und Handlungsmöglichkeiten, die sich wirksam eben auch gegen Sicherheitsinteressen einzelner Länder und damit gegen die allgemeine, die Globalisierung erst möglich machende Sicherheit der globalen Gemeinschaft richten können.
- Die Netzwerkstruktur solcher Gegenorganisation - in diesem Fall von Al Qaida, es ist aber offensichtlich, dass jederzeit neue, bislang der Öffentlichkeit nicht bekannte Namen für Aufmerksamkeit sorgen könnten - ist offensichtlich globalisierungsgemäß. Sie macht deutlich, dass sich am Legalitätsprinzip orientierende zwangsläufig regionalbasierte, nach innen orientierte und zentralistische Staaten, selbst dann, wenn sie mit auf den ersten Blick unermesslichen Ressourcen ausgestattet sei sollten, gegen einen solchen Gegner kaum Chancen haben. Gegen eine globale Netzwerkguerilla hilft kein Raketenabwehrsystem, eine Neuauflage des Vietnamdebakels in leicht abgewandelter Form ist absehbar.

Zeitgemäße Sicherheits- und Abwehrformen müssen sich zeitgemäßer Mittel bedienen. Diese sind bekannt und auch weitgehend akzeptiert, funktionieren allerdings noch nicht so effizient wie gewünscht und benötigt. Grundlage hierfür ist eine konstruktive politische Kooperation und Koalition zu fairen Konditionen und die Bündelung nationaler Ressourcen. Hinzu kommt der Auf- und Ausbau auf breiter Grundlage akzeptierter funktionsfähiger, global oder zumindest partiell global operierender, demokratisch organisierter internationaler Institutionen und Regelwerke. Eingebettet in ein international akzeptiertes Regelwerk und durch entsprechende durchsetzungsorientierte internationale Organisationen gesteuert, könnte sich die Weltgesellschaft auf diese Weise in die Lage versetzen, die den globalen Wettbewerb immer stärker beschleunigenden, aber gleichzeitig auch den Keim der

Zerstörung in sich tragenden, durch die Globalisierung frei gesetzten Kräfte zu bändigen. Die aufgrund der gestiegenen Geschwindigkeit, mit der inzwischen Transaktionen aller Art abgewickelt werden, sich laufend verringernden Kontrollmöglichkeiten von globalen grenzüberschreitenden Vorgängen, scheinen derartige Kooperationslösungen zu erfordern oder zu erzwingen. Dies wird verstärkt durch die gestiegene Komplexität aller Systeme und die dadurch verursachte steigende Anfälligkeit für in- und externe Störungen einerseits und die durch die Globalisierung zumindest mit verursachten, ständig steigenden weltweiten Verteilungsgerechtigkeiten andererseits.

Die ersten Reaktionen der USA nach den September-Anschlägen, eine auf der Grundlage einer schnell demonstrierten, weltumspannenden Solidarität mit den Opfern der Anschläge neue Anti-Terror-Allianz ins Leben zu rufen und die Bereitschaft vieler Staaten diese zu unterstützen, schien einen solchen Ansatz zunächst zu stärken. Allerdings wich sie genau so rasch einer allgemeinen Ernüchterung. Multilateralismus in US-amerikanischer Version erschien vielen allzu offensichtlich als die instrumentalisierte Variante eines unilateralen Weltverständnisses.

Damit verstärkte sich eine Tendenz, die sich zuvor schon angedeutet hatte, als die USA sich - kurz nach dem Amtsantritt von Präsident Bush - weigerten, das Kyoto-Abkommen zu unterzeichnen, später dann das Abkommen zur Einsetzung des inzwischen eingerichteten Internationalen Strafgerichtshofes boykottierten und damit begannen Unterstützerländer mit Sanktionen zu bedrohen. Des Weiteren wurden - dies nur zur Erinnerung - internationale Waffenkontrollverträge als überholt angesehen, und es wurde die provozierende Entscheidung gefällt, ein Raketenabwehrsystem zu installieren.

Auf diese Weise wurde deutlich, dass die mächtigste Nation der Erde unter ihrer damals neuen republikanischen Regierung die multilaterale Variante nie ernsthaft als politische Handlungsgrundlage in Betracht gezogen hatte. Der Verlauf der Irak-Krise mit der zunehmenden Weigerung UN-Institutionen und allgemein akzeptierte Regelungsmechanismen zu akzeptieren und den Krieg gegen den Irak dann auch gegen den bekundeten Willen einer großen Mehrheit der Welt-Öffentlichkeit durchzusetzen, bestätigte diese Tendenz. Der seinerzeit schon von vielen Beobachtern kaum nachvollziehbare Auftritt von Außenminister Colin Powell vor dem UN-Sicherheitsrat, in dem eine Fülle schon damals als äußerst zweifelhafter angesehener Beweise präsentiert wurde, verstärkte diese Ansicht. Im September 2005 distanzierte sich Powell dann auch von seiner Rede. In einem Interview für den Sender ABC News sagte er, dass diese Rede ein Makel seiner politischen Bilanz gewesen sei und bestätigte, dass er falsche Beweise für die Existenz von Massenvernichtungswaffen vorgelegt habe.

Die rücksichtslose Durchsetzung einer im Wesentlichen nationalen Interessen dienenden Machtpolitik, mit zweifelhaften Argumenten begründet, nur unterstützt durch eine Art Alibi-Koalition von Staaten, waren eindeutige Anzeichen für eine mit dem Begriff Unilateralismus nur unzureichend verbrämte imperiale Politik, die den Zerfall einer globalen Staatengemeinschaft mit überstaatlichen Zielen, Institutionen und Regelungen einzuläuten schien.

## **Elemente einer Weltwirtschaftsordnung**

Um die multilaterale Option nicht in einem nebulösen Dunkel zu belassen, soll eine solche Struktur kurz skizziert werden. Die Anzahl der internationalen Abkommen, Vereinbarungen und Verträge nimmt ständig zu. Hierbei wächst nicht nur die Anzahl der teilnehmenden Staaten, sondern vielfach auch die von diesen akzeptierte Verbindlichkeit. Internationale

Organisationen werden aufgewertet, ihre Rolle als Koordinatoren von unterschiedlichen Interessen immer mehr anerkannt und ihre Sanktionsgewalt in einigen Bereichen ausgebaut. Diese Entwicklungen sind Schritte auf dem Weg zu einer neuen, noch in der Entstehung begriffenen Weltwirtschaftsordnung, die weder zielstrebig geplant noch völlig transparent ist. Rückschritte sind an der Tagesordnung, wie erst jüngst wieder bei dem Scheitern der UN, eine Reform durchzusetzen, im Herbst 2005 deutlich wurde. Die einzelnen Strukturelemente befinden sich noch in einem sehr unterschiedlichen Bauzustand. Allerdings beeinflussen sie dennoch als neue globale Rahmenbedingungen mit unterschiedlicher Intensität das Verhalten, die Pläne und die Handlungsergebnisse aller an der Globalisierung aktiv und auch passiv Beteiligten, insbesondere jedoch die die Globalisierung vorantreibenden Akteure, also Staaten, Organisationen und vor allem Unternehmen, die Global Player.

Die Formulierung und Durchsetzung dieser Ordnung erfolgt auf der Basis eines grundsätzlichen Kooperationsverständnisses meist in Form multilateraler Vereinbarungen und Abkommen durch unterschiedliche Akteure. Gestaltende Akteure sind Staatenbündnisse, Staaten und Internationale Organisationen, aber auch Nicht-Regierungsorganisationen auf nationaler und internationaler Ebene und Unternehmensgruppen. Die Institutionalisierung dieser internationalen Kooperation erfolgt derzeit in unterschiedlichen Formen. Sie reicht von eher informellen Absprachen, wie dies etwa bei Vereinbarungen der G7/G8 geschieht, über institutionalisierte Kooperationen auf regionaler oder institutioneller Ebene, wie etwa der NATO, bis zu verschiedenen Stufen ökonomischer Integration, wie der NAFTA oder der EU. Dies schließt auch Vereinbarungen zwischen Internationalen Organisationen und transnationalen Unternehmen ein, wie etwa die Global Compact-Initiative der UN, deren Mitglieder sich zur Einhaltung von ethischen Standards verpflichten.

Die Überwachung und gegebenenfalls auch Sanktionierung von Fehlverhalten wird im Allgemeinen an Internationale Organisationen (IO) - oder supranationale Institutionen, wie bei der EU - delegiert, in denen unterschiedliche Interessen artikuliert, Kompromisse gefunden, Diskussions- und Entscheidungsprozesse organisiert und begleitet und die Einhaltung der Verhandlungsergebnisse überwacht werden können (Liebig 1999: 86). Als zentrale Träger eines solchen Systems fungieren derzeit Internationale Organisationen mit dem UN-System als Mittelpunkt.

Die Sinnhaftigkeit einer solchen Weltordnungspolitik leitet sich ab aus der zunehmenden Unmöglichkeit und Unfähigkeit von Nationalstaaten, übergreifende Probleme im Alleingang zu bewältigen. Ferner aus der Notwendigkeit, durch die Globalisierung entstehende, übergreifende Probleme durch international akzeptierte und durchsetzbare Regelungen zu lösen. Globalisierung führt zwar zu neuer Multipolarität durch globale Vernetzungen, aber auch zu höherer Krisenanfälligkeit durch eine neue Ebene der Unübersichtlichkeit und Unkontrollierbarkeit. Die sich damit erhöhende Wahrscheinlichkeit der einzelnen Global Player, selbst Krisenopfer zu werden, lässt den Bedarf an Stabilität und Sicherheit erheblich ansteigen. Das folgende Schaubild zeigt die mögliche Struktur der sich derzeit abzeichnenden Weltwirtschaftsordnung.

**Schaubild 1: Struktur einer Weltwirtschaftsordnung**

Weltwirtschaftsordnung								
Globale Sicherheitsarchitektur			Globale Wirtschaftsarchitektur				Globale Sozial- und Umweltarchitektur	
Sicherheitsordnung (Krisenbekämpfung)	Rechtsordnung: Internationale Kriminalität/ Sanktionsinstanzen	Zukunftssicherung durch Entwicklungskooperation	Globale Handels- und Wettbewerbsordnung		Globale Währungs- und Finanzordnung		Globale Sozialordnung	Globale Umweltordnung
<ul style="list-style-type: none"> <li>* Krisen</li> <li>- prävention</li> <li>- intervention</li> <li>- nachsorge</li> <li>* Bedrohung durch Massenvernichtungsmittel</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>* Bekämpfung organisierter internationaler Kriminalität</li> <li>* Funktionsfähige Sanktionsinstanzen</li> <li>* Terrorismus</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>* Armutsverringerung</li> <li>* globale Strukturpolitik</li> <li>* Durchsetzung von <i>good governance</i></li> </ul>	Handelsordnung	Wettbewerbsordnung	Währungsordnung	Finanzordnung		
<ul style="list-style-type: none"> <li>* UN, OSZE, NATO, EU-WEU</li> <li>* UNHCR, UNICEF, WFP</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>* Intern. Vereinbarungen,</li> <li>* Intern. Gerichtshöfe</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>* UN-Organisationen: z.B. FAO, UNDP</li> <li>* Weltbank</li> <li>* Nationale und Menschenrechtskonventionen</li> <li>* Amnesty International</li> </ul>	WTO, UNCTAD, OECD  NRO: WEED	* WTO, Weltkartellamt, * Nationale Kartellbehörden	IWF	* BIZ, * IIF und andere Bankenorganisationen	UN-Organisationen: ILO	* UN-Orga: UNEP * NROs: Greenpeace, WWF

Allgemein verbindliche globale Regelungen können daher einen Rahmen für globale Kooperation und Möglichkeiten eines internationalen Interessenausgleichs schaffen. Gleichzeitig ergeben sich neue Möglichkeiten Krisen einzudämmen bzw. deren Folgen zu begrenzen. Eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung und Weiterentwicklung solcher supranationaler Regelsysteme und Institutionen ist allerdings die Bereitschaft der Mitglieder Souveränitätsrechte abzutreten, sowie die Bereitschaft der nationalen Regierungen auf internationaler Ebene getroffene Vereinbarungen einzuhalten und auch national umzusetzen. Ferner erfordert dies den grundsätzlichen Willen und die Fähigkeit eine nationale Politik zu betreiben, die wichtige Voraussetzungen für eine effiziente und möglichst konfliktfreie Teilnahme am globalisierten Wirtschaftsgeschehen erfüllt. Diese Bereitschaft ist allerdings keineswegs selbstverständlich.

Damit wird deutlich, dass eine derartige Ordnung keineswegs eine utopische Forderung darstellt oder gar - alternativ - als ethischer Anspruch zu formulieren wäre. Sie ist lediglich eine pragmatisch-reaktive Antwort auf offene, ansonsten kaum lösbare Globalisierungsprobleme. Ihre drei Säulen bestehen aus einer globalen Wirtschaftsarchitektur, einer globalen Sicherheitsarchitektur und einer globalen Sozial- und Umweltarchitektur. Sie befinden sich in unterschiedlichem Bauzustand: Wesentliche Teilelemente sind vorhanden, jedoch ist keine der Säulen fertig gestellt und wird es wohl in absehbarer Zeit auch nicht werden. Durch diese Ordnung wird zum einen in vielen Bereichen ein neuer, direkt wirksamer völkerrechtlicher Sachverhalt geschaffen, während gleichzeitig die nationale Politik aufgefordert ist, den hiermit geschaffenen Rahmen durch konstruktive, gestaltende Politik auszufüllen. Schließlich beeinflussen die neuen Rahmenbedingungen die Strategien und Aktionsparameter der globalen Akteure, vor allem der global tätigen Unternehmen und Organisationen.

### **Die Folgen der Bush-Politik für die neue Ordnung**

Insbesondere die zweite Phase der ersten Amtszeit von US-Präsident George W. Bush zeigte deutlich einen eklatanten Mangel an Bereitschaft, sich international bereits akzeptierten Standards unterzuordnen und Regeln und Vereinbarungen zu anzuerkennen. Diese Haltung gab der Befürchtung Nahrung, dass der Mangel an Konsensbereitschaft nicht nur ein temporärer sein würde, sondern tatsächlich Ausdruck eines neuen Verständnisses von internationaler "Kooperation" und nationaler Machtpolitik sei. Hierfür gibt es immer wieder neue Beispiele: Drohgebärden gegen die sogenannten "Schurkenstaaten" oder solche, die von den USA dafür gehalten werden, die Androhung von Sanktionen gegenüber eigentlich "befreundeten" aber dennoch "abweichlerischen" Staaten, neue Aufrüstungsinitiativen, die die Aufkündigung des Konsens über einen Nicht-Erstschatz mit Atomwaffen und den taktischen Einsatz von Atomwaffen einschließen. Andere Beispiele sind die negative Haltung gegenüber einer zentralen Rolle der Vereinten Nationen beim Wiederaufbau des Irak, die Ablehnung der Blix-Inspektoren bei der Aufspürung der letztendlich nicht vorhandenen Massenvernichtungsmittel nach dem Ende der Kriegshandlungen, aber auch die willkürlich Vergabe von Großaufträgen ohne Ausschreibung an regierungsfreundliche US-Unternehmen. Die erst im Oktober 2005 in einer Grundsatzrede wiederholten Drohungen gegen Syrien und den Iran "diese Regime müssten zur Verantwortung gezogen werden" (NZZ online vom 7.10.05) und das dabei skizzierte Feindbild eines weltweiten "Moslem-Imperiums" zeigen deutlich, dass es sich hierbei um ein durchgehendes Politikverständnis handelt.

Diese Politik gefährdet die weitere Entwicklung der Globalisierung mindestens in zweifacher Hinsicht. Zum einen provoziert sie nationale und regionale Gegenreaktionen in vielerlei Hinsicht. Sie zwingt zum Aufbau auch tendenziell feindlicher Gegenpositionen, erhöht die

Gefahr von Wirtschaftskriegen, verschärften Sanktionen und begünstigt einen Rückfall in einen wohl nur überwunden geglaubten Protektionismus. Ein neuer Regionalismus, der nicht den Charakter einer "Globalisierungsschule", eines Erprobungsraums für eine zukünftige weitere Öffnung gegenüber allen Ländern hat, sondern stärker unter protektionistischen Vorzeichen stünde, stellt eine reale Gefahr dar und hat das Potential, viele Globalisierungserfolge zunichte zu machen. Mindestens ebenso real ist die Gefahr, dass die sich gerade mit der und durch die Globalisierung entwickelnde neue *Weltwirtschaftsordnung* auf unabsehbare Zeit eine Baustelle bleiben wird - mit langsam verfallenden Bauruinen und vor sich hin rostenden Baukränen. Dabei handelt es sich hierbei um ein Rahmen- und Regelwerk, das für die kontrollierte weitere Entwicklung der Globalisierung essentiell zu sein scheint und wohl auch in der Lage wäre, den im Zuge der Globalisierung wachsenden Bedarf an Stabilität, Sicherheit und Ausgleich zumindest ansatzweise zu gewährleisten.

Für welche Bereiche dieser Weltwirtschaftsordnung erscheint eine solche Entwicklung wahrscheinlich? Nun, im Grunde für alle drei Pfeiler: die globale Sicherheitsarchitektur, die Wirtschafts- und Währungsarchitektur und die Sozial- und Umweltarchitektur.

### *Globale Sicherheitsarchitektur*

Am nachhaltigsten erschüttert sind wohl die vorhandenen und noch zu konzipierenden Elemente der *globalen Sicherheitsarchitektur*. Die Idee einer *globalen Ordnungspolitik* (global governance) unter dem Dach der Vereinten Nationen, unterstützt durch die NATO und eine auf dem Konsensprinzip basierende OSZE mit den zentralen Komponenten Krisenprävention, Krisenvermeidung und Krisennachsorge (peace-keeping, peace-making und peace-building) wurde am Gründlichsten konterkariert. Auch wenn hier in Zukunft - allerdings wohl in erster Linie aus Kostengründen - ein gewisses Einlenken zu erwarten ist (vgl. unten), so ist die Rolle von Sicherheitsrat und Vereinten Nationen zunächst einmal diskreditiert. Die bis zum Ende der 1990er Jahre weitgehend anerkannte Notwendigkeit Kriegshandlungen gegen Dritte von einem entsprechenden Sicherheitsratsbeschluss abhängig zu machen, wurde schon bei der Intervention im Kosovo aufgeweicht und wich dann spätestens mit dem Irakkrieg einer neuen unilateralen Ordnung, bei dem das wichtigste Land der Welt Präventivaktionen gegen potentiell bedrohende Länder bewusst einkalkuliert.

Damit besteht die konkrete Gefahr, dass Regionalmächte, ermuntert durch das Beispiel der USA, bewaffnete Aktionen gegen Drittländer ohne Legitimierung durch die UN unter Hinweis auf eine wie auch immer abgeleitete Regionalverantwortung durchführen. Eine unter einem solchen Vorzeichen stehende neue multipolare Ordnung birgt derzeit noch unabsehbare Folgen in sich und trägt ganz sicherlich nicht dazu bei, einen in Ansätzen bestehenden "Sicherheitsrahmen" zu stärken. Diese Tendenz wird dadurch verstärkt, dass auch andere internationale Bündnisse, wie etwa die NATO im Afghanistan-Konflikt, durch eine "Koalition der Willigen" umgangen wurden. Hierbei entschieden die USA zunächst allein und luden dann andere Staaten zur militärischen Zusammenarbeit ein.

Das Vorhaben der Schaffung einer *globalen Rechtsordnung*, die sowohl die internationale Angleichung von nationalen Rechtsvorschriften, die internationale Bekämpfung organisierter Kriminalität und den Aufbau internationaler Sanktionsinstanzen, wie auch den Internationalen Strafgerichtshof umfassen sollte, hat inzwischen wichtige Hürden genommen. Allerdings wird ein Internationaler Strafgerichtshof, dem der wichtigste Staat der Welt nicht angehört und den die USA durch Sanktionsandrohungen gegen einzelne Teilnehmerstaaten sowie durch bilaterale Verträge blockieren und in seinen Funktionen

maßgeblich beschränken, die für ihn vorgesehene Rolle als zentrale Instanz einer Weltordnung zunächst nur unzureichend wahrnehmen können.

Leider erwies sich auch der positive, durch die USA voran getriebene Ansatz im Gefolge des 11. September eine *Anti-Terror-Allianz* ins Leben zu rufen und damit eine mögliche Keimzelle weitreichender globaler Zusammenarbeit zu schaffen, als wirkungslos. Dies vor allem, weil die amerikanische Folgepolitik diesen gemeinsamen Anspruch durch Dominanzansprüche und politische Fehlentscheidungen rasch wieder aushöhlte.

### *Globale Wirtschaftsarchitektur*

In Mitleidenschaft gezogen wird auch die weitere Entwicklung des am weitesten ausgebauten Pfeilers, nämlich die der *globalen Weltwirtschaftsarchitektur*. Die Ansätze der *globalen Währungs- und Finanzordnung* sind noch am wenigsten tangiert. Hier wird weiterhin an einer Verbesserung von Frühwarnsystemen und Sicherheitsstandards für Banken gearbeitet, wenn auch über fragliche geplante Umsetzungspraktiken von amerikanischen Banken beim Basel II - Abkommen berichtet wurde. Allerdings ging auch der Internationale Währungsfonds aus den Auseinandersetzungen um die Behandlung der Irak-Schulden keineswegs gestärkt hervor. Es ist anzunehmen, dass die USA ihre traditionell starke Rolle weiter spielen und den Druck in Richtung auf US-konforme Lösungen verstärken werden. Auf diese Weise könnte die Legitimität des IWF als zentrale globale Institution übergeordnete Interessen der Weltgemeinschaft zu vertreten, die er in den Augen vieler Entwicklungsländer schon weitgehend verloren hat, weiter abnehmen. Hinzu kommt, dass neuere Studien belegen, dass ein IWF-Engagement in signifikant vielen Fällen mit konkreten US-Interessen korreliert ist (Faini/Grilli 2004).

Der weitere Ausbau der *globalen Handelsordnung* unter der Leitung der Welthandelsorganisation WTO ist inzwischen weitgehend zum Stillstand gekommen. Die Fortsetzung der laufenden Welthandelsrunde, der Doha-Runde, wird von Zugeständnissen der größten Handelsmächte, der EU und den USA, abhängen, von beiden wird eine Reduzierung von nach wie vor bestehenden protektionistischen Verhaltensweisen erwartet. Insbesondere die Europäische Union sah lange Zeit keine Notwendigkeit ihre protektionistische Agrarpolitik zu ändern, allerdings ist auch kaum zu erwarten, dass die USA eine Vorreiterrolle bei dem weiteren Ausbau des internationalen Handelssystems übernehmen werden. Besonders problematisch ist hier das historisch extrem hohe Niveau des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits (siehe Schaubild 2), das bei US-amerikanischen Entscheidungsträgern und Politikern naturgemäß eher Protektionisten als Befürworter einer weiteren allgemeinen Handelsliberalisierung begünstigt.

### *Globale Sozial- und Umweltarchitektur*

Die Notwendigkeit einer *globalen Sozialordnung* wird durch die asymmetrische Verteilung der Globalisierungsgewinne gerechtfertigt. Eine dauerhafte Ausgrenzung der von der Globalisierung Benachteiligten ist für die Weltgemeinschaft aus Gerechtigkeits- aber insbesondere auch aus Sicherheitsaspekten nicht tragbar. Auch hier ist angesichts der derzeitigen weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Konstellation kaum mit einer Beschleunigung der Entwicklung oder gar einer treibenden Rolle der USA, etwa zur Durchsetzung globaler Schutzrechte oder zu einer verstärkten internationalen Entwicklungskooperation mit dem Ziel einer Entschärfung des Nord-Süd-Konflikts, zu rechnen. Positiv kann sich allerdings das klare Bekenntnis zur Freiheit und zur Absage an Gewaltherrschaft und damit auch zur globalen Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten auswirken. Ob dies allerdings ausreichen wird, um das Terrain für das

Entstehen extremistischer und terroristischer Gruppierungen und die Reduzierung regionaler Konflikte, politischer Instabilitäten und unkontrollierbarer transnationaler Migrationsbewegungen - als Reaktion auf eine als ungerecht empfundene Weltordnung - auszutrocknen, erscheint fraglich.

Die lange Zeit völlig divergierenden Positionen bezüglich einer Verpflichtung der Weltgemeinschaft zu global verbindlichen Regelungen im *Umweltbereich* und damit zu einer gemeinsamen Lösung der bestehenden Probleme, geben ebenfalls kaum Anlass zu Optimismus. Dies gilt sowohl für die globale Akzeptanz der Problematik, als auch für Lösungsansätze, etwa die Verabschiedung und Einhaltung verbindlicher Regeln und Standards, wie das inzwischen in Kraft getretenen Kyoto-Protokoll, oder den vielfach geforderten Aufbau einer neuen Weltumweltorganisation (WEO) als Nachfolger der mit zu geringen Mitteln und Kompetenzen ausgestatteten und in vielen Belangen überforderten UNEP. Angesichts der zunehmenden klimabedingten Umweltkatastrophen, wie etwa der Hurrikane Katrina, Rita und Stan, die allein im September und Oktober 2005 den USA und Mittelamerika gewaltige Verwüstungen brachten und nicht zuletzt gewaltige Kosten verursachten, könnte hier ein Umdenken stattfinden.

### **Ziele und Methoden**

Sind diese Überlegungen nach der Wiederwahl von US-Präsident George W. Bush obsolet geworden, oder müssen sie evtl. aufgrund der Ankündigungen und Beobachtungen während des Beginns der zweiten Amtszeit revidiert werden? Tatsächlich signalisierten gleich am Anfang der zweiten Amtszeit mehrere Quellen einen Kurswechsel. So betonte beispielsweise Außenministerin Condolezza Rice, dass Amerikas Verhältnis zum Rest der Welt ein Dialog sein müsse und dass sich durch eine Zusammenarbeit mit der Allianz die besten Resultate ergäben (W. Koydl, SZ vom 20.1. 2005).

Die erste Präsidentschaft Bush bedeutete in vielen Fällen eine Kehrtwendung, die sich vor allem in der Tendenz, die eigenen Interessen über alles und damit auch über diejenigen sog. befreundeter Nationen und internationaler Institutionen zu stellen, äußerte. Auch unter Clinton waren die USA die unangefochtene weltpolitische Führungsmacht: "Die militärische, wirtschaftliche und kulturelle Dominanz Amerikas addieren sich zu einem politischen Gewicht, wie es dies seit dem Römischen Reich nicht mehr gegeben hat" (M. Backfisch/C. Rabe, HB vom 27.1.2005). Dies führte dazu, dass die USA in Krisen regelmäßig die Rolle eines Weltpolizisten übernahmen, jedoch zunächst - in der Periode zwischen dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem 11. September 2001 - noch diejenige eines "defensiven Weltpolizisten", die auf Grund ihrer weitgehend unangefochtenen Dominanz auch akzeptiert wurde. Mit dem 11. September änderte sich diese Rolle jedoch schlagartig. Die bis zu diesem Zeitpunkt ohne nennenswerte Erfolge agierende republikanische Regierung erkannte ihre Chance, sich, getragen von einer weltweiten Unterstützungswelle, an die Spitze einer Anti-Terror-Bewegung zu stellen. Legitimiert durch eine selbst-legitimierte Berufung den internationalen Terrorismus zu bekämpfen und die Weitergabe von Massenvernichtungsmitteln zu verhindern, wurde nun die Rolle eines "offensiven Weltpolizisten" übernommen. Dabei stützt sie sich auf eine *Präventionsdoktrin*, durch die nun bereits eine mögliche Bedrohung amerikanischer Ziele amerikanische Interventionen rechtfertigt. In seiner Rede zur Amtseinführung am 20. Januar 2005 verknüpfte George W. Bush den Krieg gegen den Terror sogar ausdrücklich mit einem Engagement gegen "tyrannische Regime". Damit geraten nach Afghanistan und dem Irak nun auch die früheren "Schurkenstaaten" bzw. Elemente der "Achse des Bösen" Iran, Syrien und möglicherweise auch Nordkorea, spätestens dann, wenn dieses Land wieder von seiner einlenkenden Haltung in der Frage der nationalen Atompolitik abrückt, ins Visier der USA.



Diese von einem konkreten Bedrohungsszenario abgeleitete Politik ist die eine Seite. Die andere Begründungsebene liefert der selbst-definierte Auftrag zur Verbreitung zentraler Werte, an erster Stelle die westlichen Werte Demokratie und Freiheit.

### *Demokratie und Freiheit als Ziele*

Trotz einer gewissen Relativierung, auf die noch einzugehen sein wird, gibt es keine Anzeichen, dass diese Doktrin nun aufgegeben wird. "Im Grunde genommen hat Präsident Bush für die kommenden vier Jahre nur ein einziges außenpolitisches Konzept: die Verbreitung demokratischer Werte .... Damit befindet er sich in einer alten amerikanischen Tradition, die davon ausgeht, dass eine Nation, welche die Früchte der Freiheit genießt, gehalten ist, andere ... Nationen an diesem Glück auch teilhaben zu lassen. ... Condolezza Rice sagte es vor dem Ausschuss sehr deutlich: 'Jede Nation, die das Glück hat, auf der richtigen Seite der Freiheit zu leben, hat eine Verpflichtung, die Segnungen der Freiheit zu teilen' " (W. Koydl, SZ vom 20.1.2005).

Ob eine auf diesen Werten und Idealen gegründete Fortführung der bisherigen Politik realistisch ist, ist zwar angesichts der bisherigen Ergebnisse unsicher geworden, andererseits muss hier deutlich unterschieden werden zwischen den Zielsetzungen und der proklamierten bzw. gewählten Vorgehensweise diese Ziele zu erreichen. Die "amerikanischen" Ziele Freiheit und Demokratie zielen keineswegs nur auf eine selbstlose Verbreitung von Werten, sondern können durchaus als mittelbare Ziele zur Herstellung von mehr Sicherheit - im Sinne der oben von einer Sicherheitsarchitektur angestrebten Politik - verstanden werden. So kann auch Präsident Bush verstanden werden, wenn er anlässlich seines Europabesuchs im Februar 2005 ausruft: "Die beste Hoffnung auf Frieden auf unserer Welt liegt in der Verbreitung von Freiheit auf der Welt" (D. Coats, SZ vom 22.2.2005). Konsequenterweise werden die globalen sicherheitspolitischen Herausforderungen daher auch in diesem Bereich gesehen: Terrorismus, Weiterverbreitung von Atomwaffen, Besitz von Massenvernichtungsmitteln, sog. Failing States (scheiternde Staaten), Armut und Unterentwicklung, internationales organisiertes Verbrechen und bedrohliche Krankheiten wie HIV/AIDS (ebd.), ein globales Bedrohungsszenario, das sich mühelos als Begründung für die oben erwähnte Globale Sicherheitsarchitektur zur Stabilisierung der Globalisierung einsetzen ließe.

Gleichzeitig zeigen die Reaktionen der Bevölkerung auf die seit langer Zeit ersten demokratischen Wahlen in Afghanistan und dem Irak, aber auch die friedliche Revolution in Georgien und der Ukraine (2004) und die anti-syrischen Demonstrationen im Libanon (2005), dass die Befreiung von Diktaturen, undemokratischen Regimen und von Besatzungsmacht - also die Herstellung von Freiheit und Demokratie - die zentralen Wünsche der Menschen widerspiegelt. Auch auf diese Weise wird damit ein wesentlicher Beitrag zu mehr Sicherheit geleistet und die Grundlage für die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder hergestellt. Es ist dabei offensichtlich, dass Erfolge in diesen Bereichen von umfangreichen "Vorarbeiten" und der Unterstützung durch externe Kräfte abhängig sind. Dieses *backing*, das in verschiedenen Formen bereitgestellt werden kann, ist also wichtige Voraussetzung dafür, dass sich die demokratischen Kräfte entfalten und die konkrete Umsetzung der Werte einleiten können. Gestützt wird diese Einschätzung auch dadurch, dass die UN-Artikel 48 und 49 alle Mitgliedstaaten verpflichten, ihre Ressourcen zur Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit aktiv zu nutzen.

Damit dürfte deutlich geworden sein, dass es hier keineswegs darum geht, diese Ziele in Frage zu stellen, sondern vielmehr darum, die Methode zur Durchsetzung dieser Ziele in

einen Bezug zu den sich allgemein abzeichnenden Strukturen einer globalen Ordnung zu setzen. Und weiter, ob sich der unilateralistische Ansatz auch unter Bush II fortsetzen wird und damit zu einer weiteren Erosion dieser sich auf einen breiten Konsens stützenden Struktur und damit mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Verschlechterung der Voraussetzungen für die Schaffung von die Stabilisierung der Globalisierung begünstigenden Bedingungen beitragen wird.

### *Unilateralismus als Methode*

Die unilateral geprägte Durchsetzung erscheint jedoch in doppelter, vielleicht sogar in dreifacher Hinsicht und auf tragische Weise nicht nur falsch, sondern sogar kontraproduktiv zu sein.

Zunächst deswegen, weil ganz offensichtlich diese komplexen Ziele nicht mit militärischer Gewalt durchgesetzt werden können. Lange Übergangszeiten, geringe Kontrollmöglichkeiten über "befreite" demokratische Gebiete, das Entstehen von rechtsfreien Räumen, die als Rückzugsräume oder sogar als Brutstätten des Terrorismus dienen (können) - die Sicherheitsprobleme der Welt sind zu komplex geworden, um sie mit den vergleichsweise einfachen Methoden des 19. und 20. Jahrhunderts zu lösen.

Zum zweiten, weil Politik in einer globalen Welt nicht mehr unilateral gesteuert werden kann. Die fehlende Legitimationsbasis eines solchen Vorgehens erzeugt Gegenreaktionen und Gegengewalt und wirkt kontraproduktiv im Hinblick auf die Erzielung des angestrebten Sicherheitsniveaus. Diese Möglichkeit ist bei einem auf internationalem Konsens beruhenden koordinierten Vorgehen im Rahmen institutionell abgesicherter internationaler Kooperationen oder Allianzen zwar nicht ausgeschlossen, aber deutlich verringert. Nur so scheint eine vielleicht vage Möglichkeit zu bestehen, die angesprochenen Sicherheitsprobleme mit sinnvollen Lösungsansätzen aufzulösen. Eine Garantie gibt es allerdings auch dann nicht.

Ein weiterer Aspekt sollte zudem auch nicht übersehen werden. Die Tatsache, dass die USA zum Teil im Alleingang versuchen, "ihre" Ziele durchzusetzen, verpflichten sie auch zu einem integren Vorgehen, einem Vorgehen also, das keine Zweifel an der Einhaltung der von ihnen propagierten Grundsätze zulässt. Diese Fähigkeit wird durch Vorgänge wie in Abu Ghraib oder in Guantanamo jedoch ernsthaft in Frage gestellt, so dass - selbst bei unterstelltem gutem Willen - ein durchschlagender Erfolg der Mission nicht eintreten kann. "Die Regierung Bush hatte aus Moral und Überlegenheit eine schiefe Ebene gebaut und geriet selbst ins Rutschen. Die Glaubwürdigkeitsfalle war zugeschnappt" (S. Kornelius, SZ vom 23.10.2004). Dies wird zunehmend auch in den USA selbst gesehen. Dabei sorgt insbesondere die Nicht-Beschäftigung mit diesen Vorgängen oder die im Fall von Lynndie England, einer der zentralen Personen im irakischen Abu Ghraib Skandal, im September 2005 verhängte niedrige Haftstrafe für Unverständnis.

Damit ist aus logisch-sachlichen Überlegungen die Wahrscheinlichkeit, dass diese Methodik - angesichts der bei den bisherigen Feldzügen sichtbar gewordenen deutlichen Grenzen der amerikanischen Möglichkeiten eine solche Politik auch konsequent und vor allem nachhaltig umzusetzen - auch in der Bush-II-Phase in der gleichen Form Anwendung finden wird, eher unwahrscheinlich. Die weitgehende Abwesenheit von *post-conflict strategies*, die nach wie vor bestehenden massiven Sicherheitsprobleme sowohl in Afghanistan und dem Irak verweisen auf erhebliche politische Defizite in allen Phasen der Intervention: in der Prä-Interventionsphase, der Durchführungs- und der Post-Interventionsphase. Die Einschätzung des ehemaligen Chefs des amerikanischen Sicherheitsrates Robert Hutchins, das sich der

Irak "in ein Trainingscamp für Terroristen verwandelt" habe und die nächste Generation von Terroristen aus dem Irak kommen werde (P. Burghardt, SZ vom 11.3. 2005) unterstreicht diese Einschätzung.

Trotz der eher positiven Bewertung der Zielsetzungen hat es daher den Anschein, dass eine sich maßgeblich an idealistisch-moralische Maßstäbe orientierende Politik - zumindest wenn sie in dieser Form umgesetzt wird - nun doch an die Grenzen der Akzeptanz, eben auch zunehmend bei der eigenen Bevölkerung, stößt. Der Absolutheitsanspruch, mit dem diese Politik vertreten wird, deren Kosten schon jetzt akzeptable Finanzierungsmöglichkeiten überschreiten und - das ist besonders auffallend und problematisch - wohl keineswegs die Terrorgefahr, insbesondere für die USA, maßgeblich verringern dürfte, könnte in nicht unbeträchtlichem Maße dazu beitragen, dass sich die USA in viel stärkerem Umfang alten und neuen Koalitionen und Allianzen öffnen müssen.

Darüber hinaus ist es höchst fraglich, ob die erwähnten UN-Artikel auch Angriffskriege zur Beseitigung diktatorischer Regime (auch noch unter anderem Vorzeichen) oder gar zur Einführung einer demokratischen Ordnung abdecken. Und auch wenn dies der Fall wäre, wären nicht-legitimierte Alleingänge einzelner Staaten wohl kaum als geeignete Umsetzungsstrategie anzusehen. Liegt ein UN-Mandat vor, könnten multilaterale Aktionen unter gewissen Umständen sogar für die Herstellung von Demokratie eingesetzt werden.

Zudem wird wohl auch zunehmend erkannt, dass eine zu geringe Berücksichtigung internationaler Allianzen und Kooperationen sich auf die von den USA beanspruchte Führungsrolle kontraproduktiv auswirken könnte. Der bei mehreren Gelegenheiten Anfang 2005 - in Davos beim Weltwirtschaftsforum, in Brüssel bei der EU sowie bei den sich anschließenden Staatsbesuchen vor allem in Deutschland - angekündigte "transatlantische Schulterchluss" könnte aus diesen Gründen möglicherweise zur zwingenden Notwendigkeit für einen Erfolg der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik werden. Wobei anzumerken ist, dass in offiziellen Bekundungen ein solcher Politikwechsel noch nicht formuliert wurde (vgl. hierzu die Ausführungen des demokratischen US-Abgeordneten Barney Frank auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar 2005, zusammengefasst von M. Backfisch/C.Rabe, HB vom 27.1. 2005).

### **Vom Unilateralismus zum Multilateralismus - deuten sich Änderungen unter Bush II an?**

Ganz offensichtlich misst nun aber auch die US-Regierung der Tatsache, dass der Krisennachsorge und den schwierigen Demokratisierungsprozessen im Irak im Vorhinein zu wenig Aufmerksamkeit gezollt wurde, ein größeres Gewicht zu. Maßgebliche Ursache hierfür sind die steil anwachsenden direkten und indirekten Kosten für den Irakeinsatz, die zu immer neuen Haushaltsnachforderungen führen. Das derzeit ständig wachsende Haushaltsdefizit von 4 bis 5% des BIPs dürfte sich daher nach Einschätzung des *Institute for International Economics* in den nächsten Jahren weiter erhöhen. Das Ziel der US-Regierung, das Defizit bis 2009 zu halbieren, überzeugt angesichts dieser Prognosen nicht (M. Backfisch, HB vom 14.3. 2005). Durch einen möglichen Kurswechsel wäre die Bush-Regierung evtl. in der Lage, einen Teil der Interventionskosten auf Partnerländer und Internationale Organisationen zu verteilen, so dass das Haushaltsdefizit möglicherweise weniger stark steigen würde. Ein weiteres zentrales Problem stellt das wachsende Leistungsbilanzdefizit der USA ab. Inzwischen importieren die USA Waren für fast 2 Mrd US-Dollar pro Tag (!) mehr als sie exportieren.

Die Folgen dieses "Zwillingsdefizits" für den Wechselkurs des Dollars werden in Abständen hinreichend in der einschlägigen Wirtschaftspresse und in Fachbeiträgen diskutiert. Der Verfall des Dollarkurses wird sich mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit mittelfristig fortsetzen und damit auch die dadurch verursachte Belastung der Weltwirtschaft. Diese Entwicklung wird insbesondere die Länder negativ treffen, die ihren Wechselkurs nicht an den US-Dollar gebunden haben. Tatsächlich erleiden diese Länder schon seit mehreren Jahren drastische Einbußen bei ihren Exporterlösen (in inländischer Währung), insbesondere dann, wenn sie durch die Bereitstellung billiger Arbeit eine aktiv Rolle im Rahmen der Globalisierung spielen. Damit trägt die US-Politik - u.a. durch die hohen Kosten ihrer Militärausgaben (lt. Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI 44% der weltweiten Rüstungskosten; Bernasek 2005 ) - zu einer Erhöhung von Armut und Hunger in diesen Ländern bei und schafft somit indirekt die Voraussetzungen für die Entstehung von Armutskriminalität und Terrorismus und eine Verschlechterung der globalen Sicherheitssituation.

**Abb. 2 : Das amerikanische "Zwillingsdefizit"**

Indikatoren	2000	2001	2002	2003	2004
<b>Leistungsbilanzdefizit</b>					
* in Mrd. US-Dollar	- 413	- 386	- 474	- 531	- 669
* in % des BIP	4,2 %	3,9 %	4,6 %	4,9 %	5,7 %
<b>Haushaltsdefizit (Bundeshaushalt)</b>					
* in Mrd US-Dollar	+ 236	+ 127	- 158	- 375	- 521
* in % des BIP	+ 1,6	- 0,4	- 3,8	- 4,6 %	- 4,4 %
Wechselkurs 1 Euro = ... US-Dollar (jeweils Jahresende)	0,93	0,88	1,05	1,26	1,36

Quellen: OECD-Factbook 2005, Bureau of Economic Analysis, Deutsche Bundesbank: Devisenkursstatistik. Januar 2005

*Vereinte Nationen (UNO):* Die von Generalsekretär Kofi Annan vorangetriebene und inzwischen in dieser Form wohl gescheiterte Reform der Vereinten Nationen zielte insbesondere auf eine bessere Repräsentation der derzeitigen Machtverteilung im UN-Sicherheitsrat, eine gründliche Regelung der Voraussetzungen und eindeutiger Kriterien für den Einsatz militärischer Gewalt, sowie auf die Verbesserung der Effizienz anderer zentraler UN-Organe, wie des UN-Wirtschafts- und Sozialrats und der UN-Menschenrechtskommission. Nachdem die Haltung der USA lange Zeit nicht eindeutig erkennbar war, überwogen schließlich doch die Befürchtungen durch Reformen die eigenen Einfluss- und Machtmöglichkeiten zu gefährden. Änderungen, die ihre derzeitige Dominanz reduzieren könnten, wurden daher blockiert. Hierher gehört schon im Vorfeld der Debatte auch die Tatsache, dass eine ständige Mitgliedschaft Japans im Sicherheitsrat, also eines Unterstützers der Irak-Politik und des größten Finanziers des US-Defizits, unterstützt, dasselbe Anliegen Deutschlands jedoch tendenziell zurückhaltend behandelt wurde.

*NATO:* Zum Auftakt seiner Europareise im Frühjahr 2005 bezeichnete Bush die Allianz zwischen Europa und Nordamerika als zentrale Säule der amerikanischen Sicherheit im KOCH - USA und Weltwirtschaftsordnung

neuen Jahrhundert und rief gleichzeitig zu einer neuen Ära transatlantischer Gemeinschaft auf, da die USA bei ihrer "Aufgabe", den Frieden in der Welt voranzubringen, auf einen starken Partner angewiesen seien (Dokumentation der Bush-Rede vom 21. Februar bei der EU in Brüssel: HB vom 22.2.2005). Eine wichtige Grundlage hierfür dürfte - wie von Bundeskanzler Schröder in seiner umstrittenen Rede während der 41. Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2005 gefordert - ein Überdenken der derzeitigen Rolle der NATO sein. Offensichtlich wies die NATO eine für die Zeit des Kalten Krieges geeignete Struktur auf. Den politischen Entwicklungen der 1990er Jahre wurde sie jedoch noch nicht angepasst und ist daher als politischer Träger eines notwendigen geostrategischen transatlantischen Dialogs in der derzeitigen Form wohl nicht geeignet. Hierfür würde sich entweder eine politische Aufwertung der NATO durch eine stärkere Rolle des NATO-Rats bei der Diskussion der aktuellen Bedrohungen und der Entwicklung entsprechender strategischer Konzepte anbieten. Eine zweite Möglichkeit wäre die Etablierung einer neuen transatlantischen Institution, die die Aufgabe hätte, die NAFTA und die EU durch einen permanenten Dialog und etablierte Entscheidungsmechanismen zusammenzubinden und damit als möglicher Nukleus einer *global governance* zu fungieren. In diesem Szenario würde die NATO zum militärischen Arm des transatlantischen Forums werden (U. Guérot, SZ vom 23.5.2005).

*Klimaschutz-Protokoll:* Nach jahrelangen Diskussionen trat das 1997 in Kyoto ausgehandelte Klimaschutz-Protokoll, das bis 2012 die Reduzierung der Treibhausgase unter das Niveau von 1990 vorsieht, Mitte Februar 2005 in Kraft. 141 Staaten haben das Protokoll bislang ratifiziert, die USA, das Land mit den höchsten Pro-Kopf-Emissionen, lehnen seit 2001 weitere Gespräche über einen Beitritt ab. Auch in absehbarer Zeit werden die USA das Abkommen wohl nicht unterzeichnen. Dennoch sieht ein im Februar 2005 in Mainz unterzeichnetes Aktionsprogramm vor, dass sich die USA im Kampf gegen den Klimawandel nun doch stärker engagieren wollen (P. Grassmann, SZ vom 24.2.2005).

*Welthandelsorganisation (WTO):* Ebenfalls in Brüssel kündigte Präsident Bush an: "Unser Bündnis ist entschlossen, den weltweiten Handel zu fördern, weil offene Märkte Arbeitsplätze schaffen und ganze Nationen in den Kreis der Freiheit und Chancen hineinwachsen" (Hagelücken 2005). Wird diese Ankündigung umgesetzt, stünde einem erfolgreichen Abschluss der nun seit 2001 laufenden Doha-Handelsrunde nichts im Wege. Allerdings sind hier doch erhebliche Bedenken angebracht. Zum einen erfordert der weitere Ausbau der globalen Handels- und Wettbewerbsordnung sowohl bei der EU wie auch bei den USA einen erheblichen Abbau ihrer derzeitigen Agrarprotektion. Während die EU hier schon vor geraumer Zeit ein konkretes Einlenken signalisierte, steht dies bei den USA derzeit noch aus. Zum anderen würde das auch eine Änderung der derzeitigen US-Strategie bedeuten, nämlich durch bilaterale Handelsabkommen (*free trade arrangements FTAs*) die multilaterale Strategie der Welthandelsorganisation zu unterminieren. In letzter Zeit haben die USA schon mit 13 Staaten solche Einzelabkommen abgeschlossen. Insgesamt sind knapp 300 FTAs entweder in Kraft getreten, unterschrieben oder in Angriff genommen. Abgesehen davon, dass hierdurch die regulative Kompetenz der WTO untergraben wird, werden auch Transparenz und Vorhersehbarkeit der internationalen Handelsbeziehungen erheblich beeinträchtigt.

Für die USA stellen bilaterale Handelsbeziehungen ein mögliches Druckmittel dar mit einer "Koalition der Willigen" die Handelsliberalisierung nach US-Vorstellungen voranzutreiben. Darüber hinaus wird Handel auch als Mittel der Außenpolitik eingesetzt: Staaten, die die Außenpolitik der USA unterstützen, werden mit Zugeständnissen unterstützt, andere Staaten werden dagegen hingehalten. So geschehen mit Chile, das die Irak-Politik der USA nicht unterstützte (J. D. Herbermann, HB vom 22.3. 2005).

Internationale Wirtschaftsvereinbarungen verfügen nur dann über ein verlässliches Fundament, wenn alle Beteiligten bereit sind, Verträge einzuhalten bzw. im Streitfall die Entscheidungen von Gerichten oder Schiedsstellen zu akzeptieren. Während dies im Fall der WTO weitgehend gegeben zu sein scheint, zeigen neuere Vorfälle, dass die USA nicht einmal bereit sind, Urteile des NAFTA-Gerichts, der Institution, die über Streitfälle zwischen den drei Mitgliedsstaaten - USA, Kanada, Mexiko - des nordamerikanischen Freihandelsabkommen zu urteilen hat, hinzunehmen. Obwohl das Gericht feststellte, dass die Erhebung von US-amerikanischen Strafzöllen gegen kanadisches Bauholz gegen die NAFTA-Verträge verstoße und die USA zur Rückzahlung der zu Unrecht erhobenen Beiträge verurteilte, weigerten sich die USA, hieraus Konsequenzen zu ziehen. Von kanadischen Experten wird dieses Verhalten als "reine Machtpolitik" und als "imperialistisch" bezeichnet (vgl. B. Calonego, SZ vom 16.8.2005).

*Maßnahmen gegen den Iran:* Noch am 20.1.2005 wurde in der Süddeutschen Zeitung berichtet, dass US-Präsident Bush einen Militärschlag gegen den Iran nicht ausschließe, um dessen vermutetes Programm zur Herstellung von Atomwaffen zu unterbinden. Außenministerin Condoleezza Rice bezeichnete den Iran zu diesem Zeitpunkt noch als "Außenposten der Tyrannei" (K. Amirpur, SZ vom 20.1.2005), und schon seit langer Zeit zählt dieser Staat in klassischer US-Diktion zur "Achse des Bösen". Es ist daher kaum sehr wahrscheinlich, dass sich diese Einschätzung innerhalb weniger Wochen grundsätzlich geändert hat, trotz der Zugeständnisse, die Bush den Europäern im Februar 2005 machte. Insofern dürfte es sich bei der Zusage, dass eine politische Lösung Vorrang vor einer militärischen Lösung haben solle, eher um ein kalkuliertes temporäres Zugeständnis handeln. Allerdings ist dies angesichts der derzeitigen allgemeinen negativen Einschätzung der unilateralistischen US-Politik und der knappen Kassen keineswegs unwillkommen. Das vorläufige Scheitern der von den drei großen europäischen Staaten geführten Verhandlungen, an denen sich die USA nicht beteiligen wollen, könnte zudem als Quasi-Legitimation für einen möglichen späteren Militärschlag dienen. Dies wurde schon im August 2005 deutlich, als die USA wiederum mit einem militärischen Eingreifen zu drohen begannen.

*Waffenembargo gegen China:* Die Haltung der EU, trotz der amerikanischen Einwände an der Aufhebung des 1989 nach dem Tiananmen-Massaker erlassenen Waffenembargos gegen China festzuhalten, stieß bei US-Regierung und Kongress auf harte Ablehnung. Eine 411 zu 3 Stimmen-Mehrheit im US-Kongress machte deutlich, dass die Ansicht vorherrschte, dass hier offensichtlich amerikanische Kerninteressen betroffen seien. Konsequenterweise betrachteten zumindest die Republikaner das China-Embargo als Testfall für Europas Solidarität mit den USA. "Wenn die EU die Sicherheitsbedenken der USA ignoriert, wird sich Amerika erneut dazu gezwungen sehen, seine Zusammenarbeit mit kollektiven Institutionen wie der EU oder der UNO zurückzuschrauben... Die USA müssen dann ihre Anstrengungen verdoppeln, bei Schlüsselfragen der nationalen Sicherheit Ad-hoc-Koalitionen der Willigen zu bilden" (aus einem Memo des politischen Komitees der Republikaner; M. Backfisch/E. Bonse, HB vom 24.3. 2005). In einer Senatsresolution wird von "potentiell schädlichen Auswirkungen auf die transatlantische Verteidigungskooperation" gesprochen und hinter den Kulissen werden konkrete Sanktions-Szenarien gegen Europa diskutiert. Auch hier scheinen die USA ihre Interessen einseitig durchsetzen zu wollen, allerdings ist dies wohl der derzeit einzige Konfliktfall, der national unumstritten ist und bei dem die US-Position von vielen Europäern nachvollzogen werden kann.

## Fazit

Die Hoffnung, die Globalisierung könne durch ein global getragenes Regelwerk, sowie leistungsstarke internationale Institutionen- durch *global governance* - "gezähmt" werden, war und bleibt im Kern wohl richtig. Allerdings war die Erwartung, dass die Supermacht USA den Verlockungen der Machtpolitik zugunsten einer Mitverantwortung für die globale Entwicklung entsagen würde, offensichtlich zumindest unter der derzeitigen republikanischen Regierung zu optimistisch. Gleichzeitig wurde hierdurch allerdings auch der kurze Atem des amerikanischen Aktionismus offensichtlich: die Folgen des eigenen Handelns wurden offensichtlich unzureichend antizipiert, die eigenen Kräfte überschätzt und Gegenreaktionen unterbewertet. Insgesamt wurden Situation und Interventionsfolgen unzureichend eingeschätzt. Insbesondere die durch die amerikanische unilaterale Machtpolitik provozierte Förderung des Gedankens der Multipolarität in anderen Staaten, die in engem Zusammenhang mit der Charakterisierung der Anti-Irakkriegs-Länder als das "alte Europa" durch US-Verteidigungsminister Rumsfeld stand, führte zu einer temporären neuen Achse - vom "alten" Europa über Russland bis China. Dies konnte nicht im amerikanischen Interesse liegen.

Gravierende und sich verschärfende Finanzierungsprobleme, sowie ganz sicher auch eine inzwischen größere Einsicht in die Notwendigkeit einer stabilisierenden Kooperationspolitik, dürften in der Bush II - Periode dazu führen, dass sich die USA bis zu einem gewissen Grade wieder einigen Grundsätzen und Überlegungen der *global governance* annähern. Für eine Einschätzung, in welchem Umfang dies geschehen wird, ist es allerdings noch zu früh. Dies hängt von einer Vielzahl von Variablen ab, zu denen u.a. auch die Entwicklung in den genannten Ländern, der Erfolg einer angestrebten Reform des UN-Systems, die Entwicklung der Weltwirtschaft und vor allem Erfolg bei der Eindämmung des internationalen Terrorismus gehören.

## Literaturhinweise

- Faini, R. / Grilli, E. (2004) Who runs the IFIs? CEPR Discussion Paper Nr. 4666  
Gaddis, J.L. (2005) Grand Strategy in the Second Term; in: Foreign Affairs, January/February  
Koch, E. (2000) Globalisierung der Wirtschaft, München  
Koch, E. (2002) Globalisierung und Weltwirtschaftsordnung - Neue Rahmenbedingungen für Global Players; in: Koch, E: Internationale Kommunikation und Kooperation (Hrsg.), München/ Mering , S. 13 - 28  
Koch, E. (2005) Globalisierung: Strategie und Kooperation - 12 Thesen; in: B. Zimmermann: Interdisziplinarität und Interkulturalität (Hrsg.), München/Mering, S. 85 - 110  
Pieterse, N. (2003) Die Ausnahmestellung der Supermacht: Globalisierung auf Amerikanisch; in: Beck, U. (u.a., Hrsg.): Globales Amerika? Die kulturellen Folgen der Globalisierung, Bielefeld, S. 93-132

## Presseartikel

- Amirpur, K.: Völlig im Recht; SZ vom 20.1.2005  
Backfisch, M. / Rabe, C.: Bushs Anspruch treibt die USA an die Grenzen ihrer Macht; HB 27.1.2005  
Backfisch, M.: Nachgefragt: Fred Bergsten. "Regierung unterschätzt die Belastung." HB 14.3.2005  
Backfisch, M. / Bonse, E.: USA drohen EU im China-Streit mit Sanktionen, HB 24.3.2005  
Bernasek, A.: Amerca has risen. But how will it fall. New York Times, Beilage zur SZ 7.2.2005  
Burghardt, P.: Konferenz in Madrid übt Kritik an den USA; SZ 11.3.2005  
Coats, D.: Neue Ziele auf der Basis gemeinsamer Werte; SZ 22.2.2005  
Grassmann, P.: Energieschub für Kyoto; SZ 24.2.2005  
Guérot, U.: Ein neues Fundament für alte Freunde; SZ 23.5.2005

Herbermann, J. D.: Einzel-Abkommen gefährden Welthandelsorganisation, HB 22.3.2005  
Herbermann, J.D. Amman verordnet UNO eine Rosskur; HB 22.3.2005  
Jaffe, G.: US-Armee soll künftig präventiv vorgehen; HB 14.3.2005  
Hagelüken, A.: Handel durch Wandel; SZ 22.2.2005  
Kornelius, S.: Der entfesselte Präsident. SZ 23.10.2004  
Koydl, W.: Weltpolitik mit viel Schminke; SZ 20.1.2005  
Nye, J.: George W. Bush entdeckt die Diplomatie; in SZ 4.3.2005